

Konzept der Fachschaftsrat-Liste Kritische Soziale Arbeit

Soziale Arbeit in gesellschaftlicher Opposition

„In Europa wächst der Unmut. Und auch bei uns haben immer mehr Menschen genug von Niedriglöhnen und öffentlicher Armut in einem der reichsten Länder der Welt. Zeit für einen Kurswechsel. Für gutes Leben, für soziale Gerechtigkeit.“ DGB, Klartext, 09/2013

Der wachsende Unmut über die steigende soziale Ungleichheit drückt sich zunehmend in Protesten gegen den weitgehenden Ausschluss der Mehrheit vom gesellschaftlichen Reichtum aus. In mehreren europäischen Ländern, in denen die Schuldenbremsenpolitik mit voller Härte aufgezungen wird, ist die soziale Zerstörung besonders sichtbar.

Für die positive Aufhebung der brodelnden Unzufriedenheit ist eine emanzipatorische Praxis von großer auch orientierender Bedeutung: Bildung und wissenschaftliche Weltaneignung für alle sind unverzichtbar in Zeiten des krisenhaften kapitalistischen Systems. Sie bilden die Grundlage für die dringend notwendige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursachen von Krieg, Ungleichheit zwischen den Menschen und der Entwicklung eines sozialen und kulturellen Fortschritts.

Die Hochschule übernimmt dabei eine tragende Rolle: Wissenschaft muss ihren zivilen, sozialen und kulturellen Nutzen verwirklichen und kann damit eine eingreifende Funktion für die Gestaltung gesellschaftlich notwendiger Entwicklungen übernehmen. Statt diesen strukturellen Problemen ursächlich zu begegnen, werden diese durch die herrschende neoliberale Politik weiter verschärft. Für die daraus entstehenden Lebenslagen sei jeder selbst verantwortlich: Armut sei selbstverschuldet.

Dagegen steht an, die ausreichend vorhandenen Ressourcen allen zugänglich zu machen, um ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen.

Dies stellt insbesondere die Sozialwissenschaften vor ihre eigentlichen Aufgaben: Die Ursachen von Armut und sozialer Ungleichheit wissenschaftlich zu durchdringen und Partei zu ergreifen für eine soziale, demokratische und friedliche Entwicklung der Gesellschaft.

Die zunehmenden Tendenz das Soziale nur noch unter dem Aspekt der Verwertbarkeit zu fassen, um es für Profitinteressen zu instrumentalisieren, ist Teil der Verhinderung dieser Perspektive und muss widerständig überwunden werden.

Aktuell wird sich in der Sozialwissenschaft wesentlich auf die Symptome der gesellschaftlichen Widersprüche konzentriert und damit an der Individualisierung gesellschaftlicher Probleme beteiligt. Soziale Arbeit wird damit zum Instrument der Kontrolle und Verwahrung der vermeintlichen „Klienten“ degradiert, um den Menschen wieder verwertbar und funktionstüchtig für den Arbeitsmarkt zu machen. Statt sich zum Teil dieser Unterwerfung des Sozialen unter wirtschaftliche Interessen zu machen, gilt es entgegen diesen menschenabgewandten Interessen eine klare Opposition zu vertreten.

Diese Entwicklung für verantwortungsvolle Lehre, Wissenschaft und Forschung wollen wir gemeinsam mit allen Mitgliedern des Fachbereichs voranbringen.

Engagement für eine demokratische Hochschule

Im Zuge der Reformierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes wird ein grundlegender Streit um Aufgabe und Organisation der Hochschulen geführt. Unter privatwirtschaftlicher Hegemonie wurde versucht in den letzten zwanzig (verschärft in den letzten zehn) Jahren Hochschulen zu Fabriken von AbsolventInnen als Humankapital und Wissenschaft als verwertbare „Innovationen“ für Wirtschaftsinteressen zu deformieren.

Entgegen der gesellschaftlichen Verantwortung von Hochschulen sollte die Orientierung am allgemeinen Wohl in Bildung und Wissenschaft zurückgedrängt werden. Statt den Forderungen

nach einer Renaissance einer demokratisch verfassten Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung nachzukommen, hält der SPD-Senat weiter am gescheiterten Konzept der „unternehmerischen Hochschule“ samt ihren Top-Down-Strukturen fest. Dabei ist die demokratische Entscheidungsfindung eine elementare Grundlage dafür, dass die Mitglieder der Hochschule in gemeinsamer Positionsbildung über die Weiterentwicklung und Orientierung der Lehre, Wissenschaft und Forschung entscheiden.

Daher wollen wir als FSR:

- für Hochschulgremien wirken, die wieder Entscheidungskompetenzen über grundlegende Fragen, wie Leitungswahlen, und Struktur- und Entwicklungspläne erhalten
- für die Stärkung der Selbstverwaltung im Fachbereich wirken
- studentische Organisation und Selbstverwaltung fördern.

Bachelor-/Mastersystem

Die Umstellung der Studiengänge auf das Bachelor- und Master-Studiensystem hat zur Folge, dass sich Studierende nur in wenigen Semestern komplexe Themen aneignen und diese in den zahlreichen studienbegleitenden Prüfungen eins zu eins wiedergeben sollen, nur um es danach wieder zu vergessen.

Durch ein solches Bulimielernen bleibt als Resultat nur elende Paukerei, tatsächliches Interesse an selbst gestellten Fragestellungen aber wird in den Hintergrund gedrängt. Unter dem Gesichtspunkt der Investition in das eigene „Humankapital“ wird das Studium dabei auf die auf dem Arbeitsmarkt zu erzielende Rendite ausgerichtet.

Dies bezieht sich nicht nur auf scheinbar neutrale Anforderungen an die Qualifikation, sondern auch auf unmittelbar ökonomisch ausgerichtete Forschungsansätze und Ergebnisse. Enge fachlich eingegrenzte Bildung führt zu fachlicher Beschränktheit. Diese Fragmentierung wissenschaftlicher Prozesse behindert die Entwicklung kritischen Denkens. Wissenschaftliche Qualifikation muss dagegen als Instrument zur gesellschaftlichen Veränderung verstanden werden. Dafür ist der Ausstieg aus dem Hamsterrad erforderlich. Gesellschaftliche Missstände zu erkennen, zu analysieren, Alternativen zu erarbeiten und die gesellschaftliche Bedeutung des eigenen Faches kritisch zu hinterfragen, sollte stattdessen Ziel des Studiums sein.

Daher wollen wir als FSR:

- eine kritische Auseinandersetzung mit dem BA-/MA-System für eine tiefgreifende Studienreform durch die Abschaffung von Restriktionen wie Fristen und Zwangsexmatrikulationen
- ein egalitäres Lehr-Lernverhältnis in Einheit von Lehre und Forschung mit der Perspektive Leistungspunkte, Prüfungen und Noten zurückzudrängen und schließlich überflüssig zu machen
- die Verbesserung der Orientierung im Studium durch Weiterentwicklung von Einführungsphase und Ausbau von Tutorienprogrammen
- weiterhin aktiv in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung und der Verfassten
- Studierendenschaft die Diskussion um Studiengestaltung und -reform vorantreiben.

Für die bedarfsgerechte Finanzierung einer entwicklungsorientierten Wissenschaft

Das dominante politische Handeln der vergangenen Jahre war, mit öffentlichen Mitteln die strukturellen Voraussetzungen für die private Bereicherung einiger Weniger zu schaffen, während öffentliche Aufgaben kaputtgespart wurden und gleichzeitig zu einem profitablen Geschäft zugericthet werden sollten.

Dies hat in eine tiefe Entwicklungskrise geführt. Das Spardiktat der Schuldenbremse steht im hohen Widerspruch zum vorhandenen gesellschaftlicher Reichtum: sinnvolle Arbeit, Bildung,

soziale Entwicklung, Gesundheit und Kultur, Demokratie wäre für alle möglich.

Angesichts dieser Lage ist es dringend notwendig, dass sich alle Mitglieder des Departments mit den Kürzungen befassen und gemeinsam an einer Perspektive für Verbesserungen arbeiten. Damit die positiven Ansprüche an eine Weiterentwicklung der Hochschule realisiert werden können, ist die öffentliche Ausfinanzierung der Hochschule nötig, um damit auch der konkurrenzschürenden Mangelverwaltung entgegenzutreten.

Zudem darf der Zugang zu Bildung und wissenschaftlicher Ausbildung kein Privileg sein, sondern muss allen Menschen in allen Lebenslagen ermöglicht werden. Der FSR wirkt daher in einem stadtweiten Bündnispartnern mit der Kampagne „Verbesserungen beginnen...mit der Beendigung von Verschlechterungen“ gegen das Dogma der „Schuldenbremse“ für eine Ausfinanzierung aller Lebensbereiche.

Daher wollen wir als FSR:

- die Abschaffung aller Gebühren (z.B. Verwaltungsgebühren)
- den bedarfsgerechten Ausbau von Studienplätzen
- elternunabhängiges Bafög als Vollzuschuss für alle
- gemeinsam mit allen Hochschulmitgliedern für eine bedarfsgerechte Hochschulfinanzierung wirken

Engagement gegen Rechts und für Frieden – Antifaschistisches Jahr 2014!

„Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“, diese Losung hat in diesem Jahr (100 Jahre nach Beginn des ersten Weltkrieges, 75 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkrieges) eine besondere Bedeutung.

Wir als FSR setzen uns für eine Wissenschaft ein, welche für eine soziale, demokratische und friedliche Entwicklung der Gesellschaft, für die Überwindung von Krieg und struktureller Gewalt, wirkt.

Die Aufklärung und das Engagement der Studierenden gegen Rechts – gerichtet auf die umfassende Verwirklichung der menschlichen Würde – zu befördern, sehen wir als Aufgabe aller Organe der Verfassten Studierendenschaft.

Lernend aus der Geschichte bildet insbesondere das Vorbild des mutigen Engagements der "Weißen Rose" eine beispielgebende Grundlage für die aktuell notwendige demokratische und aufklärerische Fortentwicklung der Hochschulen.

In diesem Sinne entfaltet der FSR zusammen mit Aktiven innerhalb und außerhalb der Hochschule die Kontroverse mit den Protagonisten von Konkurrenz und Egoismus, wie insbesondere der Beantwortung der Gesellschaftlichen Krisenlage von rechts. Gegen alle Versuche, von der sozialen Ungleichheit abzulenken und diese zugleich zu legitimieren, indem sie den Menschen als Eigenschaft zugeschrieben wird (auch innerhalb der Wissenschaften), wirkt der FSR für ein aufgeklärtes Menschenbild und sozialen Fortschritt.

Eine andere – bessere – Welt ist nötig! Wir setzen uns für friedliche Verhältnisse und die Beendigung aller Kriege ein. Insofern verstehen wir uns als einen Teil der internationalen Friedensbewegung.

Daher wollen wir als FSR

- entschieden gegen alle rechten, menschenfeindlichen Ideologien vorgehen,
- bei antifaschistischen Aktivitäten und Demonstrationen mitwirken und dazu aufrufen
- über die Ursachen und Hintergründe von Kriegen, Flucht und Vertreibung entgegen jeglichem Geschichtsrevisionismus aufklären
- uns an Kampagnen der Friedens- und Menschenrechtsbewegung beteiligen
- wirken wir gemeinsam mit anderen Aktiven für eine Zivilklausel an der HAW

- diese Vorhaben wollen wir durch Veranstaltungen und Diskussionen in diesem Semester verstärkt befördern (Antifaschistisches Semester)

Kultur und Arbeitsweise

Der FSR ist oft erste Anlaufstelle für Probleme und Fragen innerhalb sowie außerhalb des Fachbereiches. Dies bedeutet auch innerhalb der gesellschaftlichen Unsicherheiten bei entsprechenden Notlagen solidarisch Hilfestellung zu geben. Dabei entwickeln wir ausgehend von den sozialen Belangen der Studierenden gemeinsame Handlungsmöglichkeiten. Der FSR bildet auch für Studierende, welche sich zusammen über die vorgefundenen Verhältnisse an der Hochschule und darüber hinaus kritisch verständigen wollen, die Möglichkeit, sich zu organisieren um Handlungsperspektiven zu erarbeiten.

Der FSR vertritt zwei Studiengänge: Soziale Arbeit & Bildung und Erziehung in der Kindheit.

Beide spezifischen wissenschaftlichen Einsichten wollen wir für unsere Arbeit nutzen.

Dabei ist die zentrale Aufgabe, die Herausbildung einer solidarischen und politischen Praxis aller Studierenden zu ermöglichen. Dafür ist die Arbeit des FSRs umfassend solidarisch zu gestalten.

Mit Podiumsdiskussionen, Vollversammlungen und Kulturabenden zu aktuellen bildungs-, hochschul- und gesellschaftspolitischen Themen wollen wir Gelegenheiten für den Austausch zwischen den Mitgliedern des Fachbereichs fördern. Der Leistungs-, Konkurrenz- und Konsumdruck ist unter den Bedingungen von BA/MA massiv verschärft worden, wogegen eine kritische Kulturpolitik des FSRs etabliert werden muss.

Eine Kultur der Solidarität, der Résistance und Anteilnahme soll systematisch befördert werden.

Kulturarbeit sollte das Bewusstsein kollektiver, kritischer Handlungsfähigkeit für die Verbesserung der Lebensverhältnisse auch durch geschichtspolitische Veranstaltungen mit solidarischem und internationalistischem Bezug auf progressive Bewegungen (nicht zuletzt die 68er) fördern.